



Ein Teil der bayerischen Jäger kann sich bei der Rehwildjagd den Gang zur Behörde sparen

BAYERN WAGT DEN VERSUCH

Testlauf ohne Staat

Mit sechs Hegegemeinschaften begann im Jahr 2000 in Bayern ein Forschungsprojekt zur Rehwildbejagung ohne Abschussplan. Nach drei Jahren wurde der Test auf 41 Hegegemeinschaften ausgedehnt. Elke Eklkofer von der Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft ist eine der Betreuerinnen dieses Versuchs. In einem kurzen Abriss stellt sie im Folgenden Konzeption und Zwischenergebnisse vor.

Die Stimmen, die ein Ende der behördlichen Abschussplanung bei Rehwild fordern, werden lauter. Auf allzu viel Gegenliebe stößt dies in den meisten Bundesländern allerdings nicht. Bayern ist da schon einen Schritt weiter. Auf fünf Prozent der Jagdfläche organisieren Jäger und Grundbesitzer die Rehwildbejagung inzwischen selbst.

Die Bemühungen der bayerischen Staatsregierung um Bürokratieabbau ha-

ben neben anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens längst auch die Jagd erfasst. Bereits im Jahr 2000 beauftragte das Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten die Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (LWF), Möglichkeiten einer entbürokratisierten Abschussplanung auszutesten.

In einem landesweiten Forschungsprojekt sollte ermittelt werden, ob Jäger und Grundeigentümer in der Lage sind, die Ver-

bissbelastung in ihren Wäldern zu beurteilen und die Höhe des Rehwildabschlusses eigenständig, das heißt ohne Beteiligung der Unteren Jagdbehörden, festzulegen.

Das wissenschaftliche „Begleitprogramm“ des Projekts sollte schwerpunktmäßig Folgendes umfassen:

- Befragungen in Form von Gesprächen und schriftlichen Erhebungen,
- Teilnahme an Waldbegängen,

- gemeinsame Diskussionen auf Hegegemeinschaftsversammlungen unter Einbeziehung der Jagdvorsteher,
- Auswertung der Streckenlisten.

Sechs Hegegemeinschaften wurden für den Test ausgewählt. Es handelte sich nicht um „Problemregionen“, sondern um Hegegemeinschaften, die eine tragbare Verbissbelastung aufwiesen – belegt durch das forstliche Gutachten zur Situation der Waldverjüngung, welches in Bayern als Stichproben-Inventur in dreijährigem Turnus angefertigt wird. Mit dieser Auswahl wurde nicht zuletzt das waldverträgliche Jagen in der Vergangenheit honoriert.

Jäger und Jagdgenossen in den Testregionen kamen schnell zur Sache. Bereits im ersten Jahr wurden intensive Debatten geführt, man traf sich im Wald und jagte nach Absprache. Das Vegetationsgutachten 2003 übertraf alle Erwartungen: Der Rehwildverbiss war spürbar zurückgegangen. Angespornt von diesem Erfolg, legte der Oberste Jagdbeirat nach und verlängerte den Versuch um weitere drei Jahre. Zudem wurde der Teilnehmerkreis auf 41 Hegegemeinschaften ausgedehnt. Damit ist eine statistisch abgesicherte Aussage nach Ablauf des Projekts im Jahre 2007 gewährleistet.

Licht ins Dunkel des oftmals komplizierten Miteinanders von Jägern und Grundbesitzern sollte eine wissenschaftliche Befragung bringen. Im Zeitraum 2001/02 – als nur sechs Hegegemeinschaften

teilnahmen – war es möglich, alle Jagdvorsteher, Jagdpächter und Eigenjagdbesitzer persönlich zu befragen. Die Jagdgenossen erhielten einen Fragebogen.

Nach der Projekterweiterung mussten sämtliche Akteure, allein schon wegen ihrer Vielzahl, schriftlich befragt werden. Rund 870 Fragebögen wurden ausgefüllt an die LWF zurückgeschickt, was einem Rücklauf von etwa 90 Prozent entsprach. Damit war klar: Die Projektteilnehmer waren hoch motiviert. Sie wollten beweisen, dass sie den Rehwildabschuss selbst regeln können.

Hauptmotiv für die Teilnahme am Versuch ist der Wunsch, eigenverantwortlich und flexibel den Rehwildabschuss zu planen und einen Beitrag zur derzeit viel diskutierten Entbürokratisierung zu leisten. Zudem wollen die teilnehmenden Jagdvorsteher und Pächter gemeinsam die Verantwortung für Wald und Wild tragen, und man erhofft sich eine intensivere Zusammenarbeit.

Über 90 Prozent aller Befragten teilten mit, sie würden sich einvernehmlich über die Höhe des Rehwildabschlusses einigen und hätten keinerlei Differenzen bei den Verhandlungen. Fünf Prozent meldeten Konflikte zwischen Grundeigentümern und Jägern. Diese Spannungen wurden inzwischen aber durch Waldbegänge, Neuverpachtungen, Teilung der Jagden beziehungsweise durch Neuwahlen der Jagdvorsteher entschärft.

Zu Versuchsbeginn waren mehrere Jagdpächter besorgt, „schwarze Schafe“ würden mit überhöhten Abschüssen die Wildbestände derart reduzieren, dass ihre eigenen Reviere darunter leiden. Angst hatte man zudem vor überzogenen Forderungen der Jagdgenossen. Einige Jagdvorsteher befürchteten dagegen, dass sich die Jäger nicht an Vereinbarungen halten, zu wenig Rehe erlegen würden und die Verbissbelastung ansteigt.

Wie unbegründet diese Vorbehalte waren, zeigt ein Blick auf die vorgelegten Streckenlisten. 80 Prozent der Hegegemeinschaften hielten sich an die Abschusshöhe der Vorjahre, zehn Prozent verringerten den Abschuss geringfügig, zehn Prozent erhöhten ihn leicht – was bedeutet, dass keines der Angstszensarien Realität angenommen hat. Optimistisch stimmt auch das Bekenntnis der Befragten, flexibel zu bleiben und den Rehwildabschuss an die Verjüngungssituation im Wald anzupassen. Große Zufriedenheit herrscht bei der Jägerschaft, weil die Streitereien mit den Jagdbehörden über Soll- und Ist-Abschüsse nun der Vergangenheit angehören.

Ein positiver Versuchsverlauf könnte nach Ansicht der Befragten zudem ein Symbol dafür sein, dass das Jagdrecht zu Recht an Grund und Boden gebunden ist und dieses Eigentumsrecht in der jagdpolitischen Diskussion aufwertet.

Die besondere Bedeutung des Waldbegangs als Kommunikationsplattform betont ein Großteil der Grundbesitzer und Jäger. Im Idealfall nehmen neben

Eckdaten

Der bayerische Versuch

Gesetzliche Grundlage:

Art. 32 Abs. 6 Bayerisches Jagdgesetz: Für bestimmte Jagdreviere können zu wissenschaftlichen Zwecken, Lehr- und Forschungszwecken durch Einzelanordnung Ausnahmen von den Vorschriften über die Hege und Bejagung ... zugelassen werden.

Vorraussetzungen für die Hegegemeinschaft: Forstliche Gutachten zur Situation der Waldverjüngung ergibt eine günstige beziehungsweise tragbare Verbissbelastung; schriftliche Zustimmung aller betroffenen Jagdgenossenschaften, Jagdpächter und Eigenjagdbesitzer.

Veränderte Rechtsgrundlage: Statt eines Verwaltungsaktes wird die Höhe des Rehwildabschlusses in Form einer privatrechtlichen Vereinbarung zwischen Jagdrechtsinhabern und Jagdausübungsberechtigten festgelegt.

Fläche der teilnehmenden Hegegemeinschaften: spezielle Rehwildfläche: 274 171 Hektar

Waldfläche: 114 663 Hektar

Wissenschaftliche Leitung: FOR Roland Beck

Bearbeitung: Elke Eklkofer, Marion Fischer, Josef Metzger

FOTO: WERNER NAGEL



Wo es aus jagdlicher Sicht notwendig ist, kann auch beherzt eingegriffen werden

der Jagdvorstandschafft und den Revierinhabern möglichst viele Waldbesitzer teil. Vor Ort wird die Verbißsituation auf Verjüngungsflächen von der ganzen Gruppe beurteilt, und die einzelnen Waldbesitzer informieren über ihre waldbaulichen Vorhaben (zum Beispiel Neuanpflanzungen). Kennt der Jäger die Pläne der Waldbauern, hat er verbissgefährdete Flächen begutachtet und Fegeschäden vielleicht eingestehen müssen, kann er eine Schwerpunktbejagung durchführen.

Auch die leidige „Zaunfrage“ wird oft auf Waldbegängen geklärt. Die Gruppe besichtigt gezäunte Flächen, bewertet die Chancen der Verjüngung, unbeschadet

„durchzukommen“, und übt nicht selten sanften Druck aus, überflüssige Zäune abzubauen. Ein weiteres Thema sind die Jagdeinrichtungen. Stehen Hochsitz und Kanzel am richtigen Ort? Wo ist Rehwildfütterung in Notzeiten möglich? Wo gefährdet sie waldbauliche Ziele? Und auch die Wege können ein Thema beim Waldbegang sein, vor allem dann, wenn die Jagdgenossenschaft einen Teil der Pacht zur Instandhaltung der Forststraßen verwendet.

Das Forschungsvorhaben zieht inzwischen seine Kreise auch über die bayerischen Grenzen hinaus. Jagdbehörden und Bauernverbände aus mehreren Bundeslän-

dern lassen sich regelmäßig informieren und bereiten ähnliche Versuche vor. Am weitesten sind die Planungen in Baden-Württemberg gediehen.

Für das bayerische Projekt schlägt schon im nächsten Frühjahr die Stunde der Wahrheit. Dann wird von den Ämtern für Landwirtschaft und Forsten das forstliche Gutachten zur Situation der Waldverjüngung in Bayern durchgeführt. Fällt der Vergleich der Inventurergebnisse 2003/2006 positiv aus – das heißt, ist die Verbißbelastung gleich geblieben oder hat sich sogar verringert – rückt ein bayernweiter Großversuch in greifbare Nähe. 

STIMMEN AUS DER PRAXIS

„Wir vermissen die Behörde nicht“

Seit dem Jahr 2000 praktizieren sechs Hegegemeinschaften in Bayern die Rehwildjagd ohne Abschussplan. Wir befragten drei Vorsitzende aus dem Süden wie aus dem Norden des Freistaates nach ihren Erfahrungen.

Frank Rakow

Die Hegegemeinschaft Altusried im Allgäu gehört zu den sechs, die seit der ersten Phase des Versuchs im Jahr 2000 dabei sind. 16 Reviere auf einer Fläche von 11 000 Hektar bilden diesen Zusammenschluss. Die Hälfte der Jagden ist verpachtet, die andere Hälfte wird in Eigenregie bewirtschaftet, der Waldanteil beträgt 25 Prozent.

„Als dieser Versuch 1999 ausgeschrieben wurde, gab es Befürworter, aber auch Widerstände und Bedenken“, erinnert sich Hegegemeinschaftsleiter Walter Feldmeier. „Die Jäger befürchteten zu hohe Abschussforderungen der Jagdgenossen. Diese wiederum meinten, dass ihnen ohne den Hintergrund der Behörde es an Durchsetzungskraft mangeln könnte.“ Diese Vorbehalte wurden durch gemeinsame Gespräche ausgeräumt. „Ich habe sogar extra ein Schiedsgericht für eventuelle Streitfälle etabliert“, berichtet Feldmeier, „doch das musste bis heute nicht ein einziges Mal tagen.“

Die Streckenzahlen haben sich in den Hegegemeinschaften seit Beginn des Versuches nur unwesentlich verändert



FOTO: WOLFGANG RADENBACH



Als entscheidend für die Höhe des Abschusses wurde der Zustand der Vegetation im Wald genannt

Im Gegenteil: Wie der 67-Jährige, der seit über 30 Jahren dem Jägerzusammenschluss vorsteht, sagt, hat sich die Zusammenarbeit zwischen der Jägerschaft und Jagdgenossen deutlich verbessert. „Auf den Waldbegängen kommt man sich näher, und manches Problem kann im direkten Kontakt vor Ort gelöst werden. Wir vermissen die Behörde nicht.“

An den Abschusszahlen hat sich seit Beginn des Jagens ohne Abschussplan ebenso wenig geändert wie an der Art der Jagdausübung, bilanziert Feldmeier. Um den Überblick zu behalten, liefert er den Beteiligten zum 30. August eine Zwischen- und zum 15. Januar eine Endbilanz des Jagdjahres. Dem voraus geht eine jährliche Abschussbesprechung. Den großen Vorteil bei dieser eigenverantwortlichen Regelung sieht Feldmeier in der Möglichkeit, „viel schneller und beweglicher auf Veränderungen reagieren zu können, weil wir nicht den Umweg über die Behörde haben.“ So könne man im direkten Kontakt den Abschuss anpassen – nach unten wie nach oben. Kein Wunder also das Feldmeiers Fazit kurz und knackig lautet: „Dieses Modell hat sich bei uns hervorragend bewährt!“

Eine ähnliche Einschätzung nimmt auch Gerhard Höfner vor, langjähriger Vorsitzender der Hegegemeinschaft Kronach-Süd (5 000 Hektar, 1/3 Wald, 2/3 Feld). „Wir haben deutlich weniger Bürokratie, das ist schon mal ein voller Erfolg“, fasst der 72-jährige HG-Leiter die Ergebnisse der fünfjährigen Mitarbeit bei diesem Versuch

zusammen und ergänzt: „vorher war doch viel Lug und Betrug, heute haben wir mehr Ehrlichkeit.“


Das entscheidende Kriterium sei das Verbisgutachten. „Da kann sich keiner mehr drücken. Wenn Jagdgenossen und Jäger zusammen vor Ort sind, schlägt die Stunde der Wahrheit.“ Aber gerade die gemeinsame Begutachtung der Vegetation hat sich nach Ansicht des erfahrenen Waidmanns als ein ideales Forum für den Erfahrungsaustausch zwischen Grundstückseigentümern und Jägern herausgebildet. „Hier können in gemeinsamer Runde die Vorstellungen und Interessen der Beteiligten vorgebracht und abgeglichen werden.“ Der direkte Kontakt am Objekt ermöglichte auch individuellere und flexiblere Lösungen.

Selbst die Bedenken der Forstpartie, die nach Aussage von Höfner zu Anfang diesem Versuch „ausgesprochen skeptisch“ gegenüber gestanden habe, seien in der Zwischenzeit zerstreut. „Der Forstamtsleiter hat mir in der Zwischenzeit bestätigt, dass seine Befürchtung, der Rehwildbestand würde außer Kontrolle geraten, nicht eingetreten ist.“

Und auch südlich von München herrscht eitel Freude über die bisherigen Ergebnisse des Versuchs. Das betrifft die Mitglieder der rund 7 000 Hektar großen Hegegemeinschaft Dietramszell, die ebenso wie die Jäger aus Kronach-Süd und Altusried zu den „Gründungsmitgliedern“ des bayerischen Versuchs gehören. Mit Beginn

dieses Experimentes im Jahr 2000 steht Anton Miller aus Ried diesem Zusammenschluss vor. „Wichtig für den Start und das Gelingen war, dass alle Beschlüsse einstimmig gefasst werden mussten“, resümiert der 59-Jährige. Die Revierinhaber hätten befürchtet, zu hohe Vorgaben von den Jagdgenossen zu bekommen. Die Jagdgenossen wiederum seien skeptisch gewesen, ob ohne Druck der Behörde ihre Wünsche respektiert werden. Miller: „Doch das läuft zu meiner Überraschung vollkommen unproblematisch.“

Auch hier ist das entscheidende Kriterium der gemeinsame Gang von Jägern und Jagdgenossen in den Wald. „Unsere Verbisssituation war vor dem Versuch relativ gut in Ordnung. Und auch jetzt gelingt es, selbst Tannen ohne Schutz hochzubekommen“, beschreibt der 59-jährige Landwirt aus Ried die Entwicklung. Es komme zu einem fruchtbaren Dialog, „bei dem sich der Bauer genauso Gehör verschaffen kann wie der Jäger“.

Das jetzige Vorgehen bei der Organisation des Rehwildabschusses bedeute zwar für ihn nicht weniger Arbeit, aber sie würde sich auf die Ebene konzentrieren, die in der Praxis auch davon betroffen sei. „Wir sprechen jetzt mehr miteinander als übereinander“, befindet Anton Miller und kann sich gar nicht mehr vorstellen, dass man nach Ende des Versuches 2007 wieder zur alten Regelung zurückkehren könnte. 

Bayern geht voran

Ein Versuch, der Mut macht

Wer hätte das gedacht? Der bayerische Versuch, Rehwild ohne Abschussplan zu bejagen, wird von den beteiligten Jägern durchgehend positiv bewertet. Kein Chaos, kein radikaler Wandel, weder Überhege noch Radikalabschuss.

Von allen Beteiligten hervorgehoben wird der direkte Gedankenaustausch zwischen Jagdgenossen und Jägern. Es gibt keinen Umweg mehr über die Behörde. Die Betroffenen erörtern gemeinsam vor Ort die Situation. Diese horizontale Entscheidungsstruktur schafft beste Voraussetzung für praxisbezogene Lösungen, nicht nur beim Rehwildabschuss. Ein Versuch, der Mut macht. fr